

Noch hat uns das Virus fest im Griff und angesichts der aktuellen Entwicklung wäre es vermessen, von einem baldigen Ende dieser Pandemie zu sprechen. Wir alle sind gefordert und jede(r) Einzelne kann dazu beitragen, dass es zu einer so dringend notwendigen Trendumkehr in der Ausbreitung der Pandemie kommt.

Bereits im Frühjahr und insbesondere auch jetzt erleben wir, dass es zwangsläufig zu drastischen Einschränkungen im privaten Umfeld und in großen Teilen der Wirtschaft kommt.

Bei allem Bemühen, dass wir möglichst ohne größere gesundheitliche Schäden durch die Krise kommen, sollte man die dramatischen wirtschaftlichen Folgen nicht aus den Augen verlieren.

Die seitens des Bundes und EU-weit aufzuwendenden Mittel für Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Ersatz der durch Schließung verursachten Umsätze (80%) Steuer – u. Beitragsausfälle in der Sozialversicherung etc. übersteigen bereits jetzt alle bis dato vorstellbaren Summen.

In diesem Zusammenhang muss es erlaubt sein, auch über die Folgen dieser unabdingbaren Verschuldung und deren Auswirkung nachzudenken.

Es gab da in den letzten Tagen den völlig unausgegorenen Vorschlag eines früheren Politikers (Bernhard Görg) wonach die Pensionisten für einen „Solidar-Beitrag“ herangezogen werden könnten. Nun mag schon sein, dass es unter seinesgleichen auf den einen oder anderen Hunderter nicht ankommen würde. Für die weitaus größte Anzahl der Pensionisten (insgesamt ca. 2,8 Mill.) wäre dies allerdings eine mit nichts zu rechtfertigende Belastung und würde zudem eine nicht zu unterschätzende Schmälerung der Kaufkraft herbeiführen.

Letztendlich wird wohl kein Weg daran vorbeiführen, die ganz großen Vermögen (1% der Österreicher verfügt über 40% des österr. Gesamtvermögens) an einer langfristigen Sanierung der Haushalte zu beteiligen. Dass die größten Vermögenszuwächse nicht aus realwirtschaftlicher Wertschöpfung sondern aus davon völlig entkoppelten Entwicklungen der Finanzindustrie stammen, bedarf dabei einer besonderen Betrachtung.